

3. Begründung des Vorschlages

C. ist hartnäckiger Antragsteller auf Übersiedlung nach Westberlin seit dem 4. 8. 76. Er begründete seine Anträge damit, daß er 1970 nach seiner Auffassung zu Unrecht, wegen des Versuches, die DDR ungesetzlich verlassen zu wollen, verurteilt wurde. Seit dieser Zeit hat sich bei ihm "ein Haß auf die staatlichen Organe" entwickelt und verfestigt.

In seinem Arbeitskollektiv wird die politische Haltung und Einstellung des C. als negativ gewertet. Er macht sich zum Träger der PID.

Die Prüfung ergab, daß keine Versagungsgründe vorliegen. Vermögenswerte sind nicht vorhanden.

Aus den genannten Gründen wird die Übersiedlung des C aus politisch-operativen Gründen gemäß der DA 2/83 des Genossen Minister und seine Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR vorgeschlagen, um weitere politisch-negative Auswirkungen und Störungen gegen die sozialistische Ordnung in der DDR durch den C. zu verhindern. Gegen die Einleitung von Reisesperrmaßnahmen bestehen keine Einwände.

Verteiler
2 x BKG
1 x KD Wss.


Lehmann
Oberstleutnant

